

Jahresbericht FORUM MENSCHENRECHTE 2010

Materialien Nr. 38

Herausgeber: FORUM MENSCHENRECHTE E.V.

Haus der Demokratie und Menschenrechte

Greifswalder Straße 4

10405 Berlin

Redaktion: Beate Ziegler

Alle Rechte vorbehalten

INHALT

Zielsetzungen und Arbeitsweise des FORUM MENSCHENRECHTE	5
Bilanzierender Rückblick.....	6
Aktivitäten 2010	9
Publikationen.....	9
Stellungnahmen.....	9
Pressemitteilungen	9
Berichte von der Arbeit des UN-Menschenrechtsrates	10
Politische Gespräche.....	11
Veranstaltungen / Konferenzen / Workshops / Fachgespräche	11
Interne Veranstaltungen.....	12
Berichte der Arbeitsgruppen.....	13
AG Antirassismus.....	13
AG Entwicklung/Wirtschaft und Menschenrechte	14
AG Frauenrechte.....	17
AG Innen	18
AG Kinderrechte	19
AG Menschenrechtsbildung.....	22
Ag Außenpolitik/UN-Menschenrechtsrat.....	23
Weiterarbeit in 2011	24
ANHANG: Mitgliedsorganisationen 2010.....	25

Verzeichnis der wichtigsten Abkürzungen

AA	Auswärtiges Amt
AG	Arbeitsgruppe
AK	Arbeitskreis
BMAS	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
BMFSFJ	Bundesministerium Für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
BMI	Bundesministerium des Innern
BMJ	Bundesministerium für Justiz
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
BRK	Behindertenrechtskonvention (UN-Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen)
CEDAW	Convention on the Elimination of all Forms of Discrimination against Women Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau
CERD	Convention on the Elimination of All Forms of Racial Discrimination – Internationales Übereinkommen zur Beseitigung von rassistischer Diskriminierung
FMR	FORUM MENSCHENRECHTE
HRD/MRV	Human Rights Defender/ MenschenrechtsverteidigerIn
ICC/ IStGH	International Criminal Court/ Internationaler Strafgerichtshof
ILO	International Labour Organisation
MRR	Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen
NGO/NRO	Non-Governmental Organisation / Nichtregierungsorganisation
OECD	Organisation for economic cooperation and development Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)
OHCHR	Office of the High Commissioner for Human Rights (Büro der UN-Hochkommissarin für Menschenrechte)
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organisation Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur

UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees Hohe® FlüchtlingskommissarIn der Vereinten Nationen)
UN/VN	United Nations/ Vereinte Nationen
UPR	Universal Periodic Review (regelmäßige Überprüfung der Menschenrechtssituation in den Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen durch den UN-Menschenrechtsrat)
WSK-Rechte	Wirtschaftliche, Soziale und Kulturelle Rechte

ZIELSETZUNGEN UND ARBEITSWEISE DES FORUM MENSCHENRECHTE

Das FORUM MENSCHENRECHTE (FMR) hat sich am 12.01.1994 anlässlich der Wiener Menschenrechtskonferenz 1993 und auf Initiative der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGNV) als Zusammenschluss von bundesweit bzw. überregional arbeitenden Nichtregierungsorganisationen (NGOs), Institutionen und kirchlichen Werken des Menschenrechtsbereichs in Deutschland konstituiert. Das FMR setzt sich für einen verbesserten, umfassenden Menschenrechtsschutz weltweit, in einzelnen Weltregionen, Ländern und in der Bundesrepublik Deutschland ein.

Das FMR dient u.a.

- der kritischen Begleitung der Menschenrechtspolitik der Bundesregierung und des Deutschen Bundestages auf nationaler und internationaler Ebene sowie der Arbeit deutscher ExpertInnen in internationalen Menschenrechtsinstrumenten;
- der Durchführung gemeinsamer Vorhaben zur Verbesserung des Menschenrechtsschutzes in unserem Land und durch unser Land;
- der Unterstützung der Bewusstseinsbildung in Deutschland über Universalität und Komplexität der Menschenrechte.

Durch gemeinsame Lobbyaktivitäten, Veranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit sollen diese Ziele erreicht werden. Für aktuelle Themenschwerpunkte werden bei Bedarf zeitlich begrenzte Arbeitsgruppen - sogenannte ad hoc-AGs eingerichtet.

Auf regelmäßig stattfindenden Plenumssitzungen werden grundlegende Entscheidungen über die Arbeit des FMR getroffen. Ein für zwei Jahre gewählter Koordinationskreis bereitet die Sitzungen vor und nach, sorgt für den Informationsfluss zwischen Plenum, Arbeitsgruppen und Geschäftsstelle und ist für die Außenwirkung des FMR verantwortlich.

Im Koordinationskreis waren 2010 folgende Mitgliedsorganisationen vertreten:

- Amnesty International (Dr. Monika Lüke)
- Deutscher Frauenrat (Henny Engels),
- Deutsche Kommission Justitia et Pax (Dr. Daniel Legutke),
- Diakonisches Werk der EKD (Michael Windfuhr),
- Humanistische Union (Sven Lüders),
- Nationaler Geistiger Rat der Bahá'í (Peter Amsler),

- PRO ASYL (Günter Burkhardt)
- Vereinte Evangelische Mission (Dr. Jochen Motte).

Das FMR verfügt über eine Geschäftsstelle in Berlin (2010: Beate Ziegler). Seit 2008 verschickt diese einen wöchentlichen internen Newsletter für die Forumsmitglieder (Forumswache).

Das FMR entsendet einen Beobachter zum UN-Menschenrechtsrat nach Genf. 2010 wurde diese Aufgabe von Dr. Theodor Rathgeber wahrgenommen.

Im Jahr 2010 zählte das FMR insgesamt 48 Mitgliedsorganisationen (+ zwei Gäste) (vgl. Liste der Mitgliedsorganisationen im Anhang).

BILANZIERENDER RÜCKBLICK AUF 2010

Im Jahr 2010 fanden ein Gesamtforum mit Außenminister Westerwelle und dem Menschenrechtsstab im Auswärtigen Amt statt (24.2.) und ein Gespräch von VertreterInnen des Kokreises mit Innenminister de Maizière (15.6.) statt. Bei dem Termin mit dem Außenminister wurden im großen Kreis Themen des Menschenrechtsrates angeschnitten und Aide-mémoires übergeben. Das Gespräch mit dem Bundesinnenminister war seit langem der erste Termin von Vertreterinnen des Forums Menschenrechte mit einem Innenminister. Im Vordergrund standen hierbei das Europäische Asylrecht, Schutz der Außengrenzen der EU, Bleiberecht für Flüchtlinge und irreguläre Migranten und der Datenschutz.

Ein anvisierter Termin mit der Justizministerin wurde seitens des BMJ immer wieder verschoben, ein Treffen ist jetzt für Februar 2011 geplant.

Die Auswertung des Kokreises zu den Gesprächen des Jahres 2010 stellt fest: zwar ist ein Ministergespräch im großen Kreis wie mit dem Bundesaußenminister aus zwei Gründen attraktiv. Es zeigt die „Wucht“ des Forums Menschenrechte und bietet auch kleinen Menschenrechtsorganisationen eine ansonsten schwerlich zu realisierende Möglichkeit, mit dem Minister in direkten Kontakt zu treten. Andererseits kommt es kaum zu einem wirklichen Meinungs- und Positionsaustausch sondern eher zu wechselseitigen Vorträgen. Das zeigt auch der Vergleich mit den sehr intensiven, kontroversen Diskussionen mit dem Bundesinnenminister, die allerdings im Ergebnis bedauerlicherweise nicht zu Änderungen der Politik der Bundesregierung führten. Bereits im Gespräch zeigte sich Innenminister de Maizière unnachgiebig.

Fazit: beide Gespräche dienten der politischen Sichtbarkeit des Forums bzw. seiner Organisationen, führten jedoch nicht zu messbaren politischen Erfolgen.

Wo stehen wir als Forum Menschenrechte 16 Monaten nach der Bundestagswahl?

- Wo stehen wir als eine Institution, die den Anspruch hat, DER Organisationsverbund für Nichtregierungsorganisationen in Deutschland im Menschenrechtsbereich zu sein? Werden wir dieser Rolle gerecht? Werden wir von der Politik gehört? Wie können wir besser werden?
- Wo stehen die Menschenrechte in der deutschen Innen-, Außen und Justizpolitik 16 Monate nach den Bundestagswahlen?

Sind wir mehr als ein Netzwerk? Können wir als Organisationsverbund politische Schlagkraft entwickeln? Oder liefern wir eher Argumente und Positionen, die dadurch stark werden, dass sie unsere über 50 Mitgliedsorganisationen parallel zum Gegenstand ihrer politischen und Menschenrechtsbildungsarbeit machen? Die beiden hochrangigen politischen Termine in diesem Jahr, das Gespräch mit Bundesaußenminister Westerwelle im großen Kreis und der Termin bei Bundesinnenminister de Maizière mit Mitgliedern des KOKreises als Vertreter für das Forum Menschenrechte haben genau dieses Dilemma aufgezeigt und die Schwierigkeiten, als Forum ein eigenes Profil zu erreichen.

Eher scheinen wir für einen „Strauß“ von Organisationen zu stehen, die den Politikern bekannt sind. Dieser Eindruck mag bei Gesprächen der AGs mit Fachleuten seitens Regierung oder Parlament noch einmal anders sein.

Entscheidend muss das Ergebnis sein, das für die Menschenrechte am Ende herauskommt, und wenn wir als Menschenrechtsorganisationen dazu einen Beitrag leisten können, in welcher Formation auch immer, dann hat sich ein Termin oder eine Initiative oder Intervention bereits gelohnt.

Zum Bekenntnis des Koalitionsvertrages und dem dort formulierten Anspruch der CDU/CSU/FDP-Regierung, Menschenrechte als zentrale Konstante deutscher Außen- und Sicherheitspolitik zu begreifen:

Zwar gibt es einzelne Erfolge:

- die Rücknahme des Vorbehalts zur Kinderrechtskonvention,
- die außenpolitischen Initiativen zur Stärkung des Rechts auf Wasser,
- das Engagement beim Thema Religionsfreiheit, u.a. durch den (erfolgreichen) Vorschlag von Heiner Bielefeldt als UN Sonderberichterstatter,
- die Aufnahme von zwei unschuldigen Guantanamo-Häftlingen,
- und die Intervention in Einzelfällen.

Aber bei den großen Themen hat die Bundesregierung bisher ihr Wort nicht gehalten:

- so hat die Bundesregierung das Zusatzprotokoll zum WSK-Pakt noch immer nicht ratifiziert;
- bei der großen MDG-Konferenz in New York hat die Bundesregierung kein sichtbares Engagement zur Verankerung eines Menschenrechtsansatzes in der Entwicklungspolitik gezeigt;
- so lässt die Bundesregierung es bisher an jeglicher Unterstützung für den Sonderberichterstatter für die Unternehmensverantwortung John Ruggie fehlen;

- bei der Reform der Europäischen Asylpolitik, hin zur Verbesserung des Flüchtlingsschutzes nimmt die Bundesregierung eine Blockadehaltung ein;
- die menschenrechtlichen Entgleisungen der Geheimdienste bei der Terrorbekämpfung werden nicht weiter untersucht;
- die Konvention gegen das Verschwindenlassen ist bisher nicht ausreichend in innerstaatliches Recht umgesetzt;
- die erforderlichen innerstaatlichen Umsetzungsmaßnahmen für die Rücknahme des Vorbehaltes bei der Kinderrechtskonvention fehlen noch immer.

Im Jahr 2011 bieten jedoch zwei Konstellationen neue Chancen: die Mitgliedschaft Deutschlands im UN Sicherheitsrat und der zehnte Jahrestag der Terroranschläge des 11. Septembers.

Die Rolle Deutschlands im Sicherheitsrat in den kommenden beiden Jahren bietet neue Chancen für eine menschenrechtsorientierte deutsche Außenpolitik. Diese müssen wir einfordern. Gerade die Themen, die von Deutschland im Sicherheitsrat federführend betreut werden, sind von großer menschenrechtlicher Relevanz und Brisanz: Afghanistan, der Al-Qaida Sanktionsausschuss und das Thema Kinder in bewaffneten Konflikten.

Der 10. Jahrestag der Terroranschläge fordert einen Rückblick: was ist mit den Menschenrechten, die wir als unsere Wertegrundlagen zuweilen unreflektiert für selbstverständlich nahmen, in den vergangenen 10 Jahren passiert? Was können und müssen wir tun, damit die Menschenrechte nicht weiter zur Disposition stehen, in Afghanistan, in den USA oder auch hier in Deutschland?

AKTIVITÄTEN 2010

PUBLIKATIONEN

Materialien Nr. 36: Jahresbericht 2009

Materialien Nr. 37: Neuauflage Memorandum Rassismus

STELLUNGNAHMEN

Januar 2010: Stellungnahme zum Europäischen Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung.

Mai/Juni 2010: Brief an MdBs und den Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Niebel, zu den Millenium Development Goals (AG Entwicklung/Wirtschaft), um für eine verstärkte Verankerung der Menschenrechte in den Millenium Development Goals auf der Review Konferenz im September 2010 zu werben

September 2010: Stellungnahme zum 3. Umsetzungsbericht Aktionsplan Zivile Krisenprävention (gemeinsam mit der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung)

Oktober 2010: Positionspapier „Opfer von Zwangsverheiratungen stärken“

Oktober 2010: Positionspapier zum Diskriminierungsschutz, Art 3 GG

November 2010: Positionspapier zum Asylbewerberleistungsgesetz

Dezember 2010: Positionspapier zu Hartz IV

PRESSEMITTEILUNGEN

23.02.2010 Europäisches Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung nutzen.

- 24.02.2010 Forum Menschenrechte fordert Einsatz der Bundesregierung für wsk-Rechte (Pressemitteilung zum Gespräch mit Außenminister Westerwelle)..
- 25.03.2010 UN-Menschenrechtsrat verpasst Chance bei Religionsfreiheit (Pressemitteilung zur Verabschiedung einer Resolution zu Diffamierung von Religionen).
- 01.04.2010 Forum Menschenrechte fordert Beachtung von Kinderrechten (Pressemitteilung zum 18. Jahrestag des Inkrafttretens der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland).
- 20.04.2010 Forum Menschenrechte unterstützt zivilgesellschaftlichen Appell zur Abschaffung der Vorratsdatenspeicherung.
- 04.05.2010 Forum Menschenrechte begrüßt Kabinettsbeschluss zur Rücknahme des Vorbehalts zur UN-Kinderrechtskonvention.
- 14.07.2010 Forum Menschenrechte begrüßt Hinterlegung der Urkunde zur uneingeschränkten Geltung der UN-Kinderrechtskonvention bei den Vereinten Nationen.
- 17.09.2010 Stillschweigender Abschied vom Aktionsplan Krisenprävention? (Pressemitteilung zur Stellungnahme zum 3. Umsetzungsbericht zum Aktionsplan).
- 27.10.2010 Forum Menschenrechte kritisiert Verschärfung des Aufenthaltsrechtes durch geplante Gesetzesänderung zu Zwangsverheiratungen.

BERICHTE VON DER ARBEIT DES UN-MENSCHENRECHTSRATES

März 2010: Bericht von der 13. Sitzungsperiode (März 2010).

Juni 2010: Bericht von der 14. Sitzungsperiode (Juni 2010).

Nov. 2010: Bericht von der 15. Sitzungsperiode (Oktober 2010)..

POLITISCHE GESPRÄCHE

Ganzjährig	regelmäßige Teilnahme am Gesprächskreis Menschenrechte des SPD-Bundesvorstandes
Ganzjährig	Beobachtung UN-Menschenrechtsrat in Genf inkl. Gespräche mit VertreterInnen der deutschen Delegation beim MRR (AG MRR).
24.02.2010	Gespräch mit Außenminister Westerwelle (Gesamtforum).
31.03.2010	Gespräch im Auswärtigen Amt zum geplanten ressortübergreifenden Afrika-Konzept der Bundesregierung (zu Afrika arbeitende Forumsmitglieder)..
15.06.2010	Gespräch mit Innenminister de Maizière (KoKreis)
Die politischen Gespräche von Arbeitsgruppen des Forums werden in den Berichten der Arbeitsgruppen (s.u.) aufgeführt	

VERANSTALTUNGEN / KONFERENZEN / WORKSHOPS / FACHGESPRÄCHE

24.09.2010	Fachgespräch zum Fakultativprotokoll zum Sozialpakt in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Institut für Menschenrechte
14./15.10.2010	“The Human Rights Council to date: a civil society perspective on priorities for the review 2011“ in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung
03.12.2010	Frauenbewegung und cyber-Widerstand im Fokus gesellschaftlicher Bewegung in Iran. Vortrag und Podiumsveranstaltung mit Mahboubeh Abbasgholizadeh in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung

INTERNE VERANSTALTUNGEN

- 21.-23.01.2010 Jahresklausur des FMR in Schmerlenbach.
Schwerpunkt: Menschenrechte in Zeiten der Krise – Handlungsoptionen in der neuen Legislaturperiode
- 11.05.2010 Plenum in Hannover
Schwerpunkt: Menschenrechtliche Konsequenzen aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zu den „Hartz IV“-Regelsätzen.
- 09.09.2010 Plenum in Berlin
Schwerpunkte: Antidiskriminierungspolitik und Armut in Deutschland als Menschenrechtsthema.

BERICHTE DER ARBEITSGRUPPEN.

Der Dank für die Erstellung der jeweiligen Jahresberichte gebührt den AG-SprecherInnen.

AG ANTIRASSISMUS

Mitglieder im Berichtszeitraum: Aktion Courage, Amnesty international, Deutsche UNESCO-Kommission, Diakonisches Werk der EKD, Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrechten und Menschenwürde (GBM), IPPNW.

AG-Sprecher: N.N. (kommissarisch Johannes Brandstätter, Diakonisches Werk der EKD)

Sitzungen: im Rahmen der Klausur, 11. Mai und 3. Dezember

Themen und Aktivitäten der AG 2010

Begriff „Rasse“ in Artikel 3 des Grundgesetzes

Die Diskussion hat die AG und auch Kokreis und Plenum seit Ende 2009 mehrfach beschäftigt. Ausgangspunkt waren maßgeblich seitens des LSVD voran getriebene Reformbemühungen, Artikel 3 GG zu reformieren und die sexuelle Identität als nicht zulässigen Diskriminierungsgrund bereits in den Basisartikel des GG zu verankern. Die hier entstandene Diskussion soll zugleich genutzt werden, den Begriff „Rasse“ aus dem Artikel zu streichen und durch das Adverb „rassistisch“ zu ersetzen; entsprechend argumentiert auch das DIMR. Die Diskussion in der AG, u.a. darüber ob „rassistisch“ Diskriminierungserfahrungen der Black Community ausreichend trifft, und ob nicht ein treffendes Substantiv wie „Hautfarbe“ nötig sei, ist zwar fachlich bis zuletzt kontrovers geblieben, es gelang aber im Kompromiss ein Positionspapier zu formulieren. Dieses wurde im Oktober 2010 an BMI und BMJ versandt, den BT-Fraktionen vorgelegt sowie eine Reihe von Adressaten wegen Weiterverbreitung und Unterstützung angeschrieben. Gemeinsame Aktivitäten der AG könnten auf die Durchführung eines Hearings zusammen mit mindestens einer Fraktion zielen.

Strafschärfung rassistischer Beweggründe in § 46 StGB (und Hate Crimes)

Die AG (in toto bzw. über einzelne Mitglieder) hatte 2010 einen Beitrag zu einem führenden juristischen Fachmedium geplant und einen Fachtag für mehr Unterstützung für das Anliegen in der

Fachwelt. Eine vorläufige Teilnehmerliste stand bereits. Die Aktivitäten konnte 2010 nicht realisiert werden.

Memorandums Rassismus

2010 wurde eine Neuauflage gedruckt.

Kommission gegen Rassismus

Lobbyarbeit dafür, eine solche von internationalen Gremien geforderte Kommission ggf. zusammen mit der Kommission gegen Antisemitismus einzurichten, war bislang nicht erfolgreich.

Planung 2011

Änderung Artikel 3 GG

Die AG erwartet, dass dieses Ziel langfristig zu verfolgen sein wird. Für 2011 wird u.a. die Durchführung eines Hearings zusammen mit mindestens einer BT-Fraktion avisiert.

Strafschärfung rassistischer Beweggründe in § 46 StGB: Ein Arbeitsprogramm anknüpfend an die für 2010 geplanten aber nicht umgesetzten Aktivitäten wurde aufgesetzt.

Kommission gegen Rassismus: Weitere Lobbyarbeit.

Weitere Aktivitätenbereiche werden die weitere Begleitung des Nationalen Aktionsplans, und die Umsetzung von Empfehlungen internationaler Gremien sein (v.a. ECRI und CERD).

AG ENTWICKLUNG/WIRTSCHAFT UND MENSCHENRECHTE

Mitglieder im Berichtszeitraum: Amnesty International, ATD, Brot für die Welt, ECCHR, FES, FIAN, Germanwatch, Justitia et Pax, Misereor, Nürnberger Menschenrechtszentrum, terre des hommes.

Sprecher:

Michael Krennerich, Nürnberger Zentrum für Menschenrechte (bis Juli 2010)

Katharina Spieß, Amnesty International

Die AG setzt sich dafür ein, dass sich die internationale Zusammenarbeit Deutschlands stärker an den Menschenrechten ausrichtet; entsprechende Forderungen beziehen sich auf unterschiedliche Politikfelder, von der Außen- und Entwicklungspolitik über die Außenwirtschafts- und Handelspolitik bis hin zur Energie- und Umweltpolitik - und umfassen auch das Handeln der Regierungen in internationalen Organisationen und bei der Aushandlung völkerrechtlicher Abkommen;

dass internationale Organisationen - wie die Weltbank, WTO oder FAO - stärker an Menschenrechtsstandards gebunden werden;

dass Wirtschaftsunternehmen innerhalb ihres Tätigkeits- und Einflussbereichs menschenrechtliche Verantwortung übernehmen und ihnen national wie international effektive Regeln auferlegt werden;

dass VerteidigerInnen von Menschenrechten, auch der wsk-Rechte, vor staatlicher und nicht-staatlicher Diffamierung, Kriminalisierung und Verfolgung geschützt werden.

Im Vordergrund der Arbeit der AG stehen die Achtung, der Schutz und die Gewährleistung aller Menschenrechte, auch und gerade der lange Zeit vernachlässigten wsk-Rechte wie etwa die Rechte auf menschenwürdige Arbeitsbedingungen, soziale Sicherheit, Ernährung, angemessenes Wohnen, Wasser und Sanitärversorgung, Gesundheit und Bildung.

Es ist ein Anliegen der AG, dass gerade in Entwicklungsländern benachteiligte und ausgegrenzte Menschen darin unterstützt werden, ihre sozialen Menschenrechte einzufordern und gesellschaftspolitische Entscheidungsprozesse aktiv mitzugestalten. Auch sollen sich die Staaten und die Staatengemeinschaft zu ihrer menschenrechtlichen Verantwortung bekennen und ihren völkerrechtlichen Pflichten nachkommen. Ausgangs- und Bezugspunkt für die wsk-Rechte sind hierbei völkerrechtlich verbindliche Abkommen.

Die AG beobachtet kritisch, inwiefern die Politik Deutschlands im Einklang mit völkerrechtlichen Verträgen und den darin verankerten menschenrechtlichen Prinzipien und Pflichten steht. Sie sucht zu diesem Zweck den Dialog mit der Regierung und dem Bundestag und stellt Forderungen an die Politik, national wie international alle Menschenrechte, auch die wsk-Rechte, zu achten, zu schützen und zu gewährleisten. Weiterhin setzt sich die AG für den Ausbau der internationalen Mechanismen zum Schutz der wsk-Rechte ein und bemüht sich, das öffentliche Bewusstsein, für diese Rechte zu stärken.

Schließlich beteiligt sich die AG an der nationalen und internationalen Diskussion um die menschenrechtliche Verantwortung von Unternehmen und fordert effektive Regeln, die unternehmerisches Handeln an Menschenrechte binden.

TÄTIGKEITEN

Im Juni 2009 haben sich die AG Wirtschaft und Menschenrechte und die AG Entwicklung und Menschenrechte zur AG Entwicklung und Wirtschaft im Forum Menschenrechte zusammengeschlossen. Grund für diesen Zusammenschluss war, dass es bereits in der Vergangenheit zu immer mehr Überschneidungen bei den Themen, aber auch personelle Überschneidungen gab.

Menschenrechtsansatz in der EZ

Wie in der Vergangenheit auch pflegte die AG im Jahr 2010 das Gespräch mit dem BMZ und der GTZ, insbesondere zum „Entwicklungspolitischen Aktionsplan für Menschenrechte 2008-2010“ des BMZ und das Konzept, das den Aktionsplan nachfolgen soll.

Dazu traf sich die AG im Januar mit der Leiterin des Referats Menschenrechte Steinke und der Menschenrechtsreferentin Foljanty.

Die AG bemühte sich auch um ein Gespräch mit Minister Niebel, leider vergeblich.

MDG-Gipfel im September

Zum Gipfel der UN zu den Millenniumsentwicklungszielen erstellte die AG ein Forderungspapier, das sie an Mitglieder des Bundestags und an die Ministerien schickte.

Zusatzprotokoll zum UN-Sozialpakt

Auch im Jahr 2010 beschäftigte sich die AG mit der Ratifizierung des Zusatzprotokolls zum UN-Sozialpakt. Um die Ressorts, insbesondere das Bundesministerium des Innern, zu überzeugen, veranstaltete die AG gemeinsam mit dem Deutschen Institut für Menschenrechte eine Fachveranstaltung am 24.9.2010, zu der auch Virginia Bras-Gomes kam, die innerhalb der portugiesischen Regierung den Ratifizierungsprozess koordiniert.

Europäisches Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung

Zum Europäischen Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung erarbeitete die AG ein Forderungspapier und eine Stellungnahme.

Rohstoffpolitik und Menschenrechte

Einige der in der AG zusammenarbeitenden Organisationen arbeiteten intensiv zur Rohstoffpolitik der Bundesregierung und stellten im Februar ein Aide Memoire vor.

Revision der OECD-Leitsätze

Die AG beschäftigte sich auch im Jahr 2010 mit der Revision der OECD-Leitsätze. Einzelne Organisationen führten zahlreiche Gespräche mit Bundestagsabgeordneten und Ministerien zur Revision der OECD-Leitsätze. Resultat dieser Gespräche war eine erhöhte Aufmerksamkeit des Bundestages.

Mitglieder im Berichtszeitraum: Amnesty International, Deutscher Frauenrat, IFFF, KOK, pax christi, TERRE DES FEMMES.

Sprecherin: Regina KaltheGener (TERRE DES FEMMES)

Treffen AG Frauenrechte in 2010

22. Januar anlässlich der Jahresklausur in Schmerlenbach

23. März in Berlin

23. Juni in Berlin

30. September in Berlin

Arbeitsschwerpunkte waren

- Menschenrechte / Frauenrechte in Integrationskursen:
Fortsetzung Prüfung von Lehrmaterialien und Unterrichtseinheiten hinsichtlich der Berücksichtigung frauenspezifische Inhalte bei Integrations- und Sprachkursen
- Zwangsverheiratung, insbesondere Aufenthalts- und Rückkehrrechte:
Hinsichtlich Gesetzesinitiative zur geplante Heraufsetzung von Ehebestandszeiten
gemeinsame Stellungnahme der AG Frauenrechte und AG Innen
- UN Resolution 1325 Jubiläum Aktivitäten:
Mangels zeitlicher, personeller und finanzieller Kapazitäten konnte die AG keine eigene Veranstaltung durchführen.
- Peking+15
- Umsetzung der Gesetzgebung zu Menschenhandel auf EU-Ebene und national:
Hinsichtlich Umsetzung der Europaratskonvention zu Opfern von Menschenhandel
Schreiben an Außenminister Westerwelle (AG Frauenrechte, KOK)

Teilnahme von AG Frauen an Gesprächen des Forums mit

- 24.02.2010 Außenminister Westerwelle (Regina KaltheGener)

- 31.03.2010 Auswärtiges Amt, Gespräch hinsichtlich des Afrikakonzepts der Bundesregierung (Regina KaltheGener, Susanne Jesih)
- 08.06.2010 BMZ Auftaktveranstaltung von Bundesminister Niebel zur Offensive „Entwicklungspolitik setzt auf Menschenrechte“ (Regina KaltheGener u.a.)

AG INNEN

Mitglieder im Berichtszeitraum: Amnesty International, BAG Asyl in der Kirche, BAFF, Bundesfachverband Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge, Diakonisches Werk der EKD, EKD, Gesellschaft für bedrohte Völker, Gustav Heinemann-Initiative, Humanistische Union, iaf, IPPNW, KOK, pax christi, PRO ASYL, TERRE DES FEMMES

AG-Sprecher: Günter Burkhardt (PRO ASYL)

Die AG Innen hatte im Jahr 2010 folgende Schwerpunkte:

1. Erarbeitung von Positionen des Forum Menschenrechte zu neuen Themenstellungen
 - a. **Opfer von Zwangsheirat**
In zwei Sitzungen hat sich die AG Innen mit dem Thema auseinandergesetzt. Ein Positionspapier wurde erarbeitet (Federführung Sibylle Schreiber, Terre des Femmes). Dieses Papier wurde besprochen, überarbeitet und nach Überarbeitung verabschiedet.
 - b. **Abschiebungshaft**
Unter Federführung von Marei Pelzer (PRO ASYL) wurde ein Positionspapier erarbeitet, das von mehreren Organisationen veröffentlicht wurde: Forum Menschenrechte, Neue Richtervereinigung, Diakonisches Werk in Hessen und Nassau, Jesuiten Flüchtlingsdienst und PRO ASYL. In diesem Papier wird der effektive Rechtsschutz in Abschiebungshaftsachen gefordert. Die Forderungen betreffen den originären Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums der Justiz.
 - c. **Wege aus der Illegalität**
Basierend auf den bisherigen Positionen des Forum Menschenrechte wurde ein erster Entwurf von Fanny Dethloff (BAG Asyl in der Kirche) und Marei Pelzer erarbeitet. Dieser Entwurf wird im Jahr 2011 weiter bearbeitet werden. Seitens des Vorstandes von PRO ASYL wurde geraten, sich zunächst auf die anstehenden Gesetzesänderungen im Bereich Bleiberecht, Ehebestandszeit, Zwangsverheiratung, Richtlinienumsetzung, etc. zu konzentrieren. Eine sehr grundlegende Diskussion über die Frage nach Wegen aus der Illegalität ist aus Sicht von PRO ASYL zunächst intern zu führen. Dies ist in der AG Innen 2011 zu besprechen.
 - d. **Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)**
Mitglieder der AG Innen haben ein Positionspapier zur Verfassungswidrigkeit des AsylbLG entwickelt (Federführung Katharina Stamm, Diakonie) und auf der Dezember-Tagung präsentiert.

2. Im März 2010 und im September 2010 fanden Gespräche mit Mitgliedern des Innenausschusses des Deutschen Bundestages und der AG Innen statt. Bei den Gesprächen wurden folgende Themen behandelt:
 - Folgen der Rücknahme des deutschen Vorbehalts zur Kinderrechtskonvention.
 - Stand der Umsetzung von EU-Richtlinien in nationales Recht.
 - Mitwirkungsmöglichkeiten des Deutschen Bundestages bei Vorschlägen der EU-Kommission zur Änderung von Verordnungen und Richtlinien
 - Die Situation von Flüchtlingen in Malta/Libyen (hierzu fand eine Reise von Abgeordneten des Innenausschusses statt, die berichteten.
 - Neuer Entwurf einer Frontex-Verordnung.
 - Kosovo: Abschiebung von Minderheitsangehörigen.
 - Bleiberecht für Geduldete.
 - Kinder ohne Aufenthaltsstatus: Schulbesuch und Übermittlungspflicht.
 - Verlängerung der Ehebestandszeit, Rückkehrrecht im Falle von Zwangsheirat.
 - Innereuropäischer Datenaustausch: Bestrebungen der EU, analog zum Frontex-Modell eine Agentur für Datenaustausch zu schaffen.

3. Für das Jahr 2011 ist eine Fortsetzung dieser Gespräche geplant. Bei dem letzten Gespräch hatte erstmals der Staatssekretär im Bundesministerium des Innern teilgenommen.

AG KINDERRECHTE

Mitglieder im Berichtszeitraum: Aktion Courage, Bundesfachverband Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge, Human Rights Watch, IPPNW, Kindernothilfe, Pro Asyl, terre des hommes, **mit Gaststatus:** Kirsten Schweder bzw. Claudia Kittel (National Coalition für die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention), Albert Riedelsheimer (separated children).

AG-Sprecherin: Barbara Dünnweller (Kindernothilfe)

Aktivitäten:

Die AG hat im Berichtszeitraum drei reguläre Treffen durchgeführt (Frankfurt, 17.3., Berlin, 30.6., Berlin, 28.10.2010). Darüber hinaus gab es zwei Telefonkonferenzen (28.9. und 15.11.2010).

Folgende Themen standen 2010 auf der Agenda der AG:

- Individualbeschwerde für die Kinderrechtskonvention: Lobbyarbeit und Begleitung der Verhandlungen Fakultativprotokoll
- Schattenbericht zum deutschen Staatenbericht in Kooperation mit der NC

- Lobbyarbeit zur Rücknahme der Vorbehalte – Start einer Kampagne
- Umsetzung EU-Leitlinien zu Kinderrechten

Individualbeschwerde

Hier haben sich im Berichtszeitraum positive Entwicklungen ergeben. In der März-Sitzung des Menschenrechtsrates wurde das Mandat für die Erarbeitung eines Fakultativprotokolls mit Beschwerdemechanismus für das UN-Übereinkommen über die Rechte des Kindes erteilt. 53 Staaten brachten die Resolution ein, darunter auch Deutschland. Im August wurde ein erster Textentwurf in Umlauf gegeben und vom 6.-10. Dezember 2010 fand eine erste Beratung der Offenen Arbeitsgruppe in Genf unter dem Vorsitz der Slowakei statt. Der Entwurf sieht drei Elemente vor: die Individualbeschwerde, die Kollektivbeschwerde sowie ein Untersuchungsverfahren.

Während des ganzen Jahres leistete die AG Lobbyarbeit. Im Auftrag der Kindernothilfe erstellte Dr. Hendrik Cremer ein Hintergrundpapier zum Thema Untersuchungsverfahren, das als englische Version auch für die Lobbyarbeit in der internationalen Arbeitsgruppe (NGO group OP CRC) genutzt wurde. Darüber hinaus wurden jeweils deutsche Versionen des Entwurfes sowie einer gemeinsamen Erklärung der NGOs erstellt. Schon im Vorfeld zeichnete sich ab, dass die Bundesregierung eine Kollektivbeschwerde nicht unterstützen würde. Diese Haltung bestätigte sich bei einem Fachgespräch im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend am 24. November 2010 in Berlin. Tdh, die NC sowie die Kindernothilfe waren bei diesem Gespräch vertreten sowie das Deutsche Institut für Menschenrechte. Bei diesem Gespräch wurde der Entwurf Punkt für Punkt diskutiert. Am ausführlichsten wurde über die Frage der Vertretung von Kindern gesprochen bei Individualbeschwerden sowie über das Thema Kollektivbeschwerde. Ebenso wie der UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes und die NGO group sprachen wir uns sowohl für die Kollektivbeschwerde als auch für eine Vertretungsregelung aus, die der Ausschuss unter der Prämisse „Wohl des Kindes“ prüfen soll. Das BMFSFJ ist der Auffassung, dass die Kollektivbeschwerde nicht erforderlich sei. Das Untersuchungsverfahren reiche aus. Außerdem sei die Gefahr des Missbrauchs zu hoch. Bei der Individualbeschwerde möchte die Bundesregierung, dass ein Kind unabhängig vom Alter von einer erwachsenen Person vertreten werden muss.

Bei den Verhandlungen in Genf wurden dann genau diese Positionen vertreten.

Schattenbericht zum deutschen Staatenbericht Umsetzung Kinderrechtskonvention

Einzelne Mitglieder der AG leisteten Beiträge zum Schattenbericht, der Anfang 2011 an den Ausschuss in Genf geschickt werden soll. Darüber hinaus ist ein Schattenbericht zum Thema Kindersoldaten in Arbeit. Er wird im Auftrag des Deutschen Bündnis Kindersoldaten, in dem einige der AG-Mitglieder vertreten sind, von Dr. Hendrik Cremer geschrieben und soll am 11. Februar 2011 auf einer Pressekonferenz in Berlin vorgestellt werden.

Lobbyarbeit Rücknahme des Vorbehalts

Am 5. Mai nahm die Bundesregierung den Vorbehalt zur Kinderrechtskonvention zurück. In der anschließenden Debatte im Bundestag wurde jedoch deutlich, dass die Regierung keinen weiteren Handlungsbedarf sieht. Diese Haltung bestätigten weitere Gespräche (u.a. mit der Justizministerin)

oder auch Anfragen im Bundestag. Da die Politik die Notwendigkeit zu weiterem Handeln nicht sieht, um die Situation von Flüchtlingskindern zu verbessern, hat sich die AG dazu entschieden, eine Kampagne zu starten.

Umsetzung EU-Leitlinien

Dieses Thema sowie weitere kinderrechtliche Punkte wurden bei einem Termin der AG bei Pit Köhler im Auswärtigen Amt am 11. November 2010 besprochen. Er ist seit August 2010 für das Thema Kinderrechte zuständig. Da er sich noch in der Einarbeitungsphase befindet, haben wir keine relevanten Informationen zu dem tatsächlichen Umsetzungsstand der Leitlinien erhalten, werden aber weiter im Dialog bleiben. Herr Köhler informierte uns u.a. darüber, dass Deutschland sehr an einem Vorsitz der Arbeitsgruppe „Kinder und bewaffnete Konflikte“ im Sicherheitsrat interessiert sei. Seit dem 6.1.2011 ist dies nun amtlich.

Sonstiges

Über die AG Kinderrechte wurde eine Briefaktion des Deutsche Bündnis Kindersoldaten zum Thema Informations- und Werbeaktivitäten der Bundeswehr bei Minderjährigen, speziell an Schulen, sowie zu „straight 18“ an den Bundesverteidigungsminister an alle Mitgliedsorganisationen des Forums weitergegeben. Es beteiligten sich mehr als zehn Organisationen an der Aktion. Der Brief wurde von Dr. Jochen Motte (VEM), Dr. Ulrich Thoene (GEW), Dr. Jürgen Thiesbonenkamp (Kindernothilfe), Danuta Sacher (tdh) sowie Jörg Wiebach (Sprecher Arbeitskreis Darmstädter Signal) unterschrieben.

Darüber hinaus leisteten einige Mitglieder der AG Vortragstätigkeiten sowie Beiträge zu Büchern und anderen Publikationen, z.B. „Kindeswohl oder Ausgrenzung? Flüchtlingskinder in Deutschland nach der Rücknahme der Vorbehalte (Hrsg. Heiko Kauffmann, Albert Riedelsheimer), erschienen im Loeper Literaturverlag oder die Veranstaltungsreihe des Bonifatiushauses der Erzdiözese in Fulda zum Thema Kinderrechte in Deutschland, zu dem AG-Mitglieder Vorträge hielten.

Planung 2011

Vorbehaltlich der Abstimmung über die Aktivitäten auf der Plenumsitzung des Forums im Januar 2011 stehen folgende Themen schwerpunktmäßig auf der Agenda der AG:

1. Kampagne „Jetzt erst RECHT(e) für Flüchtlingskinder!“
2. Beschwerdeverfahren Kinderrechtskonvention – Fakultativprotokoll

Mitglieder im Berichtszeitraum: ACAT, Amnesty International, Deutsche UNESCO-Kommission, GfbV, missio München, Nationaler Geistiger Rat der Bahá'í in Deutschland

AG-Sprecher: Peter Amsler (Bahá'í)

Aktivitäten:

Aktivitäten:

Die Aktivitäten der AG erfolgten in erster Linie im Rahmen des Projekts **Menschenrechte und frühkindliche Bildung in Deutschland**. Die AG kam im Jahr 2010 bei vier Treffen zusammen, und zwar am 22. Januar 2010 in Schmerlenbach, am 2. März 2010 in Berlin, am 30. Juni 2010 in Bonn sowie am 14. September 2010 in Bonn. Das Januar-Treffen diente zur Jahresplanung, während die März- und Juni-Treffen dazu genutzt wurden, einen Workshop im Rahmen des Projekts **Menschenrechte und frühkindliche Bildung in Deutschland** am 14. September 2010 in Bonn vorzubereiten.

Mit dem Projekt legt die AG aktorenspezifische Empfehlungen einer angemessener Umsetzung der Menschenrechtsbildung in der Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern vor. Zugleich stellt sie den bildungs- und menschenrechtlichen Kontext der Erzieherinnenausbildung dar und zeigt gute Praxisbeispiele in den Bereichen Sprache, Spracherwerb, Inklusion bzw. Integration sowie nachhaltige Entwicklung auf.

Bei der eher informellen Gesprächsrunde am 14. September 2010 mit rund 20 Fachleuten aus dem Bereich der frühen Bildung in den Räumlichkeiten der Deutschen UNESCO Kommission konnte ein erster Entwurf der Publikation diskutiert werden. Unmittelbares Ergebnis war eine Zusammenfassung der Publikation, die auf der im Anschluss stattfindenden Weltkonferenz „Frühkindliche Bildung“ vom 27.-29. September in Moskau durch die Deutsche UNESCO-Kommission im Namen des Forum Menschenrechte präsentiert werden konnte. Zum Jahreswechsel 2010/2011 wurden überdies die verschiedenen Verbesserungsvorschläge aus dem Workshop in die Publikation eingearbeitet.

Ausblick 2011:

Die AG wird Anfang 2011 beim Ko-Kreis des Forum Menschenrechte einen Druckkostenzuschuss beantragen. Damit ist Phase 2 des Projekts abgeschlossen.

Im Laufe 2011 wird die AG Kontakt mit Aus- und Fortbildungsstätten aufnehmen. Danach mit den Bildungsverwaltungen der Bundesländer.

Termin der AG im neuen Jahr: 1. Treffen am 21. Januar 2011 in Schmerlenbach.

Mitglieder im Berichtszeitraum: Amnesty International, Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen, Deutsches Rotes Kreuz, Forum Menschenrechte (Theodor Rathgeber), Friedrich Ebert Stiftung, IGFM, Kindernothilfe, Lesben- und Schwulenverband in Deutschland, Justitia et Pax, pbi, Vereinte Evangelische Mission,

AG-Sprecher: Dr. Jochen Motte (VEM)

Aktivitäten:

Ziel der AG war die Vorbereitung und Begleitung der Sitzungen des MRR sowie verschiedener universal periodic reviews (UPR), die Vorbereitung von Gesprächen mit der deutschen Delegation vor und während des MRR, die Beauftragung eines Beobachters des MRR für das Forum Menschenrechte sowie die Begleitung und Auswertung seiner Arbeit.

Wie in den vorangegangenen Jahren hat Dr. Theodor Rathgeber die Beobachtung des MRR, die aktive Lobbyarbeit und Durchführung von „Side Events“ während der Sitzungen des MRR sowie die Koordination der Gesprächskontakte mit der deutschen Delegation und dem Menschenrechtsbeauftragten in Genf für das Forum wahrgenommen.

Im Zusammenhang mit dem MRR und anderen außenpolitischen Fragen haben Mitglieder der AG Gespräche geführt mit Mitgliedern des Bundestagsausschusses für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe, dem Beauftragten für Menschenrechte der Bundesregierung, Markus Löning, Mitgliedern der Delegation der Bundesregierung beim MRR, des Menschenrechtsreferates und der Abteilung VN im AA. Die AG war in Kooperation mit dem Ko-Kreis beteiligt an der Vorbereitung und Durchführung des Gespräches mit Außenminister Westerwelle im Auswärtigen Amt am 24. Februar 2010 und dem ehemaligen Menschenrechtsbeauftragten Günter Nooke.

Die AG hat im vergangenen Jahr dreimal getagt. Mitglieder der AG haben für das Forum Menschenrechte in Kooperation mit der Friedrich Ebert Stiftung und dem Deutschen Institut für Menschenrechte eine internationale Tagung vom 14. – 15. Oktober in Berlin geplant und durchgeführt, auf der die Arbeit des VN-Menschenrechtsrates ausgewertet wurde und Empfehlungen für den offiziellen review Prozess erarbeitet wurden.

Daneben haben Mitglieder der AG am 13. Dezember 2010 ein Gespräch mit Vertretern des Menschenrechtsstabes, des Menschenrechtsbeauftragten, der Recht- und Visumabteilungen im Auswärtigen Amt geführt zu Fragen des Schutzes von Menschenrechtsverteidigern und -verteidigerinnen sowie zur restriktiven Visumvergabepraxis, die die Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Partnern des Forum Menschenrechte behindert und erschwert.

Ein Schwerpunkt der Arbeit der AG 2011 wird die Begleitung der anstehenden Auswertung des MRR sein.

WEITERARBEIT IN 2011

Die AGs des FORUM MENSCHENRECHTE legen jeweils eine umfassende Jahresplanung vor. Daraus ergeben sich folgende thematische Schwerpunkte der Arbeit des FORUM MENSCHENRECHTE in 2011:

- Evaluierung des UN-Menschenrechtsrates:
- Terrorbekämpfung und Menschenrechte
- Recht auf informationelle Selbstbestimmung
- Asyl: Situation der langjährig Geduldeten
- Umsetzung von Menschenrechtsabkommen in Deutschland
- Individualbeschwerdeverfahren für WSK-Rechte (Zusatzprotokoll)
- Individualbeschwerderecht zur Kinderrechtskonvention bzw.. Kampagne zur Umsetzung nach Rücknahme der Vorbehalte
- Menschenhandel zum Zwecke der Arbeitsausbeutung
- Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland.

Mitgliedsorganisationen 2010

AGDF/pbi (Peace Brigades International)

Aktion Courage – SOS Rassismus

Aktion der Christen für die Abschaffung der Folter (ACAT)

Amnesty International

ATD-Vierte Welt

Bundesfachverband Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (b-umf)

Bundesweite AG der Psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer e. V. (BAfF)

„Deutsche Gesellschaft“ e.V.

Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN)

Deutsche UNESCO-Kommission

Deutscher Frauenrat

Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)

Diakonisches Werk der EKD/Brot für die Welt

European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR)

FIAN Deutschland e.V.(Food First Informations- und Aktionsnetzwerk)

Friedrich-Ebert-Stiftung (FES))

Friedrich-Naumann-Stiftung-für die Freiheit (FNF))

Gemeinschaft für Menschenrechte im Freistaat Sachsen (GMS)

Germanwatch

Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV))

Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde (GBM)

Gustav Heinemann-Initiative (GHI)

Heinrich-Böll-Stiftung (HBS)

Humanistische Union (HU)

Human Rights Watch (HRW)

Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit (IFFF)

Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM)

IPPNW – Deutsche Sektion der internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs, Ärzte in sozialer Verantwortung e.V.

Justitia et Pax (Deutsche Kommission)

Kindernothilfe (KNH)

KOK (Bundesweiter Koordinierungskreis gegen Frauenhandel und Gewalt an Frauen in Migrationsprozessen)

Kommission für Menschenrechte des Anwalts- und Richterverein Freiburg

Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS)

Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (LSVD)

medica mondiale

Misereor

Missio Aachen

Missio München

Missionszentrale der Franziskaner (MZF)

Nationaler Geistiger Rat der Baha'i e.V.

Nürnberger Menschenrechtszentrum

Ökumenische Bundesarbeitsgemeinschaft „Asyl in der Kirche“

Pax Christi – internationale katholische Friedensbewegung, Deutsches Sekretariat

Pro Asyl e.V.

Reporter ohne Grenzen (ROG)

TERRE DES FEMMES

terre des hommes Deutschland (tdh)

Vereinte Evangelische Mission (VEM)

Gäste:

Deutsches Rotes Kreuz (DRK)

Evangelische Kirche in Deutschland (EKD)